

*Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867. Abteilung II: Das Ministerium Schwarzenberg, Band 5. 4. Juni 1851 - 5. April 1852. Bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka unter Mitarbeit von Anatol Schmied-Kowarzik.*

Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2013. LXXI und 739 S. (Die Protokolle des österreichischen Ministerrats 1848-1867, 2/5), ISBN 978-3-7001-7242-0.

Das unter der Nummer 646 letzte der im hier anzuzeigenden Band abgedruckten 138 Protokolle des österreichischen Ministerrates ist auf den 5. April 1852 datiert. Auch an diesem Tag war die Sitzung von dem seit dem 21. November 1848 die Regierung führenden „Ministerpräsidenten, Minister des Äußeren und des [Kaiserlichen] Hauses Feldmarschallleutnant Fürsten v. Schwarzenberg“ eröffnet und geleitet worden. Im Protokoll ist festgehalten, dass er die Sitzung kurz vor Erledigung des achten Tagesordnungspunktes verlassen hat und diese abgebrochen wurde, „nachdem die

Meldung von dem dem Ministerpräsidenten zugestoßenen Schlaganfall und von dessen bald darauf erfolgten Ableben gekommen war“ (S. 634).

Schwarzenberg starb auf dem Tiefpunkt seiner politischen Wirksamkeit. Im Spätherbst 1848 hatte er die Abdankung von Kaiser Ferdinand und die Thronbesteigung des damals erst 18 Jahre alten Franz Joseph bewerkstelligt und seitdem die Politik des Kaiserstaates geleitet. Doch in den Monaten vor seinem Tod war er von „seinem Kaiser“, der dabei von dem 50 Jahre älteren Karl Freiherr von Kübeck, einem erfahrenen Politiker des Vormärz, beraten wurde, Zug um Zug mattgesetzt worden.

Die Anfänge dieses makabren Spiels sind schon im vorangehenden Band dieser Reihe dokumentiert. Deutlich zeigen die Protokolle, dass Schwarzenberg und seine Ministerkollegen dem Kaiser nach Lage der Dinge wenig entgegenzusetzen hatten, der ihnen die Regierung aus der Hand nahm und sie als allein ihm verantwortliche ausführende Organe seines Willens betrachtete. Im konstitutionell-monarchischen Regierungssystem musste ein leitender Minister ein nicht zu schwaches Parlament hinter sich wissen, um mit einem zum Einsatz seiner Macht entschlossenen Monarchen „auf Augenhöhe“ zu verkehren. Seine eigene Politik konnte er nur als Vermittler zwischen dem Willen des Monarchen und dem der „Volksvertretung“ verwirklichen, wobei es auch darauf ankam, beide Seiten gegeneinander auszuspielen. Das Parlament hatte kaum Gelegenheit, seine Agenden durchzusetzen, konnte allerdings die der Regierung fast immer vereiteln. Denn es musste allen Einnahmen des Staates und zunehmend auch seinen Ausgaben sowie jedem Gesetz, das mehr als eine bloße Formalität war, zustimmen – und tat das beileibe nicht immer. Solch eine schwierige Situation steht, wie zehn Jahre später auch der preußische Verfassungskonflikt zeigte, nur eine sehr energische Regierung wenigstens eine Zeitlang durch. Auch Bismarck hat 1866 die erste erfolgversprechende Gelegenheit genutzt, um die Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Den preußischen Landtag ganz nach Hause zu schicken, hatte er wohlweislich vermieden – er brauchte das Parlament nicht zuletzt auch gegen seinen „allernädigsten Herrn“ und dessen andere Ratgeber.

Schwarzenberg indessen hatte im Frühjahr 1849 das Parlament des österreichischen Kaiserstaats – den „Reichstag“ – aufgelöst und seitdem keinen neuen berufen. Offenbar erschienen ihm die Risiken größer als die möglichen Vorteile. Wie das Reich seitdem tatsächlich regiert wurde, ist in den Protokollen des nun vorliegenden Bandes der Edition deutlich genug zu erkennen: In fast jeder Sitzung hatten die Minister auch darüber zu beraten, ob einem verdienten Beamten ein Orden oder ein höheres Gehalt zugesprochen wurde, seinen Hinterbliebenen eine kaiserliche Gnadengabe oder eine höhere Pension zu gewähren war. Oder es wurde die Frage erörtert, ob dem Kaiser zu empfehlen sei, ein strenges Urteil gegen einen Revolutionsteilnehmer von 1848/49 zu mildern oder gar aufzuheben – oder ob man ihm von diesem Schritt abraten sollte. Auf diese Weise „Ruhe und Ordnung“ zu sichern, setzte Stärke und Einsatzfähigkeit des Militärs voraus, auch im Innern, weil damals in allen Staaten die Polizei für diese Aufgabe viel zu schwach war. „Zuckerbrot und Peitsche“ also oder auch „Pest und Cholera“, weil beide Formen der Pazifizierung sehr viel mehr Geld kosteten, als der Staat einnahm. Das Haushaltsdefizit betrug mehr als ein Drittel und konnte nur durch Kredite gedeckt werden. Die wiederum waren

ohne parlamentarische Garantie noch teurer als ohnehin – große Bankhäuser waren noch nie karitative Einrichtungen gewesen.

Naturgemäß hatte deshalb gerade auch der Finanzminister ein ganz besonderes Interesse daran, dass wenigstens ein „Verantwortliches Ministerium“ vorhanden war, das den Absturz des Staatskredits ins Bodenlose vielleicht verhindern konnte. Ob Schwarzenberg vorhatte, sich dieses Widerlager bald neu aufzubauen, und wann er die Chance dafür gesehen hätte, darüber lässt sich nur spekulieren. Der „Neo-Absolutismus“ stieß jedenfalls rasch an seine strukturellen Grenzen. „Gesunde“ Finanzen sind die Voraussetzung jeder starken Politik. Gerade in der Außenpolitik kann ein Staat nach Clausewitz nur eine Zeitlang mit „Wechseln“ operieren; früher oder später ist doch „bare Zahlung“ gefordert. Er muss also glaubhaft mit Krieg drohen und diesen auch führen können, wenn es sich nicht vermeiden lässt. Aus dem Krimkrieg konnte sich Österreich heraushalten, den Krieg gegen Sardinien-Piemont, hinter dem Frankreich stand, musste es unter großen Opfern schnell beenden. Hätte es 1866 den Krieg um Deutschland gewinnen können, wenn Königgrätz anders ausgegangen wäre? Das ist sehr fraglich. Denn für einen längeren Krieg war auch das neue „Österreich-Ungarn“ nicht stark genug. Führte der Sieg des jungen Kaisers und seines Beraters Kübeck 1852 also in den folgenden Jahren zu diesen Niederlagen? Kübeck, der 1855 starb, hat sie nicht mehr erleben müssen.

Die böhmischen Länder haben der Regierung in Wien in diesen schwierigen Monaten kaum Sorgen gemacht. Die wenigen Sitzungen, in denen die Probleme Böhmens, Mährens und Schlesiens zur Sprache kamen, sind über das detaillierte Register des Bandes leicht zu finden. Gewiss war der Nationalismus der Tschechen schon erkennbar, er wurde aber nicht als ernste Gefahr für das Reich empfunden. Bei der Reorganisation der Verwaltung erfuhren diese Länder – anders als Ungarn oder Italien – keine gesonderte Aufmerksamkeit oder gar Behandlung. Auch hier lohnt genauere Lektüre.

Die große Edition der Protokolle des österreichischen Ministerrates, von der jetzt 23 Bände vorliegen, nähert sich dem Abschluss. Nur für die Zeit zwischen Februar 1857 und Mai 1859 sowie zwischen März 1860 und Februar 1861 stehen noch Bände aus. In mehr als vierzig Jahren haben die Bearbeiter unter der Oberleitung von Helmut Rumpler eine bewundernswerte Arbeit geleistet. Nicht nur die Spezialisten für die Geschichte der Habsburgermonarchie, auch alle anderen Historiker, die sich einen etwas weiteren Blick bewahren wollen, haben allen Grund, ihnen dankbar zu sein, sie zu beglückwünschen und ihnen für den Abschluss eine ebenso sichere Hand zu wünschen.

Tübingen

Bernhard Mann